



Spatenstich Umgehungsstraße B34

Grußwort Bürgermeister Dr. Tobias Benz

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Schäfer,
sehr geehrter Herr Minister Hermann,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Barthle,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für Grenzach-Wyhlen ist heute ein guter Tag und – das kann man ohne zu übertreiben hinzufügen – ein historischer Tag. Der Spatenstich für den ersten Bauabschnitt Wyhlen der Umgehungsstraße B34 neu markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung unserer Gemeinde. Die ersten Planungen für eine Umgehungsstraße um die damals noch eigenständigen Orte Grenzach und Wyhlen reichen bis in das Jahr 1937 zurück. Heute, genau 80 Jahre später, kommt es endlich zur Realisierung. Die Bezeichnung Jahrhundertprojekt trifft für diese Maßnahmen somit mit Sicherheit zu – neben der Bedeutung für die Gemeinde allein schon aufgrund der zeitlichen Dauer! Die Umgehungsstraße blickt auf eine sehr wechselvolle Geschichte zurück. Viele Varianten wurden diskutiert und wieder verworfen, 1994 begann das formelle Planfeststellungsverfahren, der Planfeststellungsbeschluss erreichte im Jahr 2007 Rechtskraft. Das Land priorisierte im Jahr 2012 die Umgehungsstraße zwischenzeitlich in der untersten, erst mittelfristig zu realisierenden Kategorie 3 – eine Umsetzung war plötzlich wieder in weite Ferne gerückt.

Im Juli 2015 folgte, für uns als Gemeinde sehr überraschend, aber doch auf erfreulich, die Finanzierungszusage des Bundes für den Bauabschnitt Wyhlen der Umgehungsstraße B34 in Höhe von 17,2 Mio. Euro. An dem Nachmittag dieses 20. Juli 2015 saß ich, der Zufall wollte es so, noch mit Vertretern unserer pharmazeutischen Industrie zusammen und wir sprachen

darüber, dass im Herbst 2015 erneut eine gemeinsame Resolution von Gemeinde und Industrie zur baldigen Realisierung der Umgehungsstraße auf den Weg gebracht werden sollte. Zurück im Büro hatte ich prompt eine Mail des Bundesverkehrsministerium aus Berlin im Posteingang sowie die dringende Rückrufbitte unserer beiden Lokalzeitungen auf der Telefonliste.

Mit der Mittelfreigabe und dem heutigen Spatenstich geht ein jahrzehntelanger Wunsch der Gemeinde Grenzach-Wyhlen, des Gemeinderats und einer großen Mehrheit der Bürgerschaft in Erfüllung. Die Entlastung von den negativen Auswirkungen der bis zu 15.000 Fahrzeugen, die täglich die alte, innerörtliche Trasse befahren, rückte endlich in greifbare Nähe. Sehr schnell meldeten sich aber auch Kritiker und Gegner der Umgehungsstraße zu Wort, die von der Maßnahme entweder selbst betroffen sind, die Planung negativ bewerten oder die generelle Sinnhaftigkeit des Projektes anzweifeln. Auf beide Seiten möchte ich im Folgenden kurz eingehen. Ich bin überzeugt: Für Grenzach-Wyhlen bringt die Umgehungsstraße eine große Chance für die innerörtliche Entwicklung mit sich.

Zusammen mit dem Regierungspräsidium Freiburg hat die Gemeinde eine Aktualisierung des Verkehrsgutachtens zu den Auswirkungen der Umgehungsstraße in Auftrag gegeben. Mit dem eindrucksvollen Ergebnis, dass sich die verkehrliche Belastung der Ortsdurchfahrten zwischen 50 und 80 Prozent verringern wird! Befürchtete Mehrbelastungen oder innerörtliche Verlagerungen lassen sich, so ein weiteres zentrales Ergebnis, wirksam verhindern und den Durchgangsverkehr gezielt auf die Umgehungsstraße lenken.

Dies erhöht entscheidend die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner! Besonders Lastkraftwagen, die unser Industriegebiet in Grenzach anfahren, werden zukünftig nicht mehr durch die Wyhlener Ortsmitte fahren, sondern die Umgehungsstraße benutzen. Zudem schenkt die Umgehungsstraße beiden Ortsmitten spannende Entwicklungs-potentiale:

Der Rückstufung der bisherigen B34 zu einer Gemeindestraße nach Fertigstellung der Umgehungsstraße ermöglicht einen Rückbau der alten Trasse und eine städtebauliche Aufwertung mit dem Ziel, die Ortsmitten attraktiver zu gestalten und eine hohe

Aufenthaltsqualität zu schaffen. Dieser Prozess ist eng mit unseren beiden Neue-Mitte-Projekten verzahnt. Mit den Planungen warten wir nicht bis nach der Realisierung der Umgehungsstraße, sondern haben bereits damit begonnen – unter aktiver Beteiligung der Bürgerschaft im Rahmen eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes.

Wie jedes Großprojekt schafft die B34neu aber auch Betroffenheiten, etwa bei den Anwohnerinnen und Anwohnern. Dafür habe ich als Bürgermeister, aber auch der Gemeinderat und die gesamte Bürgerschaft großes Verständnis! Ein Grundproblem liegt sicher auch in der langen Zeitdauer der Planung sowie dann zwischen rechtskräftiger Planfeststellung und Realisierung, die leider immanent für Straßenbauprojekte in Deutschland ist.

Jede diskutierte Trassenführung hätte Betroffenheiten geschaffen, wie übrigens ein dauerhafter Nichtbau der Umgehungsstraße, das darf man nicht vergessen, Betroffenheiten perpetuiert hätte. Die politischen Entscheidungsträger hatten daher eine schwierige Abwägung vorzunehmen. Ziel war, den Nutzen der Gesamtgemeinde zu maximieren und die entstehenden Betroffenheiten zu minimieren. In der volkswirtschaftlichen Theorie löst man so ein Problem formal mit einer mathematischen Optimierung unter Nebenbedingungen, in der Praxis gestaltet sich das deutlich schwieriger!

Bei allem Verständnis möchte ich an dieser Stelle aber auch zu bedenken geben, dass seit Jahrzehnten jeder Gemeinderat von Grenzach-Wyhlen, unabhängig von der jeweiligen politischen Zusammensetzung, sich mit großer Mehrheit für die Planung und Realisierung der Umgehungsstraße eingesetzt und diese aktiv gefordert hat. Dies gilt auch für meine Vorgänger als Bürgermeister Hans-Joachim Könsler und Jörg Lutz. Allein seit Mitte der 1990er Jahre gab es vier Resolutionen des Gemeinderats, teilweise gemeinsam mit der Industrie, die die schnelle Umsetzung der Umgehungsstraße zum Inhalt hatten. Diese demokratische Entscheidung gilt es zu respektieren. Jede Bürgerin und jeder Bürger hätte die Chance gehabt, sich im Gemeinderat zu engagieren, zu positionieren und für andere Mehrheiten und Beschlüsse zu werben!

Das Planfeststellungsverfahren zwischen 1994 und 2007 wäre der richtige Ort gewesen, Einwendungen gegen das Projekt und den Trassenverlauf vorzubringen. Seit 2007 ist der

Planfeststellungsbeschluss und damit die Genehmigung der Umgehungsstraße, juristisch unanfechtbar. Ich komme gebürtig aus der Nähe von Offenburg. Dort gab es im Rahmen der Planfeststellung 46.000 Einwendungen gegen ein von der Bahn geplantes 3. und 4. Güterzuggleis mitten durch die Stadt. Der Widerstand hatte letztlich Erfolg, für 1,2 Mrd. Euro wird ein Tunnel gebaut werden.

Der Gemeinderat hat im November 2015, kurz nach der Mittelfreigabe durch den Bund, einen wichtigen Grundsatzbeschluss getroffen: CDU, SPD, Freie Wähler, Grüne und FDP haben bei einer Enthaltung einstimmig einem interfraktionellen Antrag zugestimmt, der die zügige Umsetzung der Umgehungsstraße in der planfestgestellten Variante forderte. Veränderungen und Anpassungen der Planung im Sinne einer Optimierung, so der Beschluss, dürfe es nur im Rahmen der rechtskräftigen Planfeststellung geben, um das Projekt nicht zu gefährden und erneut auf Jahre oder gar Jahrzehnte zu verzögern. Gleichzeitig erhielt die Verwaltung den Auftrag, die Bürgerschaft daran aktiv zu beteiligen und sowie aufgrund der von der Umgehungsstraße ausgelösten Veränderungen ein integriertes Verkehrskonzept in Angriff zu nehmen.

Gemeinsam mit dem Regierungspräsidium Freiburg haben wir im Februar 2016 eine Informationsveranstaltung zum anstehenden Bau der Umgehungsstraße durchgeführt. Im April 2016 folgte ein ganztägiger, moderierter Workshop, bei dem es um mögliche Veränderungen und Verbesserungen der bestehenden Planung ging. Alle dort ausgearbeiteten sowie von Interessensgruppen und Bürgerinitiativen eingereichten Vorschläge wurden dokumentiert, veröffentlicht, auf Umsetzbarkeit und Planfeststellungsrelevanz überprüft und in einer Sondersitzung des Gemeinderats im Januar 2017 öffentlich vorgestellt und diskutiert. Mehr Transparenz geht meines Erachtens nicht! Aus grundsätzlichen Gegner werden auf diese Weise zwar keine Befürworter der Umgehungsstraße, allerdings erhöht diese Vorgehensweise meines Erachtens die grundsätzliche Akzeptanz.

Einige Verbesserungsvorschläge flossen in die Ausführungsplanung des Regierungspräsidiums ein. Mögliche Optimierungsmaßnahmen, die von der Gemeinde zu beauftragen und zu bezahlen sind, etwa eine auf 1,8 Mio. Euro geschätzte zusätzliche Ober-

oder Unterführung im Bereich der Rheinstraße, wurden hinsichtlich Machbarkeit und Kosten-/Nutzenverhältnis überprüft. Hier wird der Gemeinderat in der kommenden September-Sitzung eine Grundsatzentscheidung treffen.

Bei den Veränderungen der Planung gab es allerdings eine Restriktion und das ist die Planfeststellungsrelevanz. Die rechtlichen Rahmenbedingungen begrenzen den Spielraum von Veränderungen leider deutlich, sind aber als gegeben hinzunehmen. Das klar beim Namen zu nennen, ist unpopulär, alles andere wäre aber unseriös und unehrlich. Ein Teil der vorgebrachten Vorschläge mussten aufgrund der Planfeststellungsrelevanz verworfen werden, um langwierige Verzögerungen des Projektes zu verhindern.

Dies betrifft auch die immer wieder aufkommende Forderung nach Kreisverkehre als Alternative für die überlasteten Knotenpunkte, die sicherlich eine Schwäche der bisherigen Planung darstellen. Die Knotenpunkten werden absehbar mit Lichtsignalanlagen ausgerüstet werden müssen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Auch das Thema Kreisverkehre haben wir intensiv untersuchen lassen – an einer Stelle wären sie technisch nur mit hohem Aufwand realisierbar, in allen Fällen aber planfeststellungsrelevant und entsprechen außerdem nicht den Neubaustandards für Bundesstraßen.

Immer wieder ist zu hören, die Planung der Umgehungsstraße B34neu sei Jahrzehnte alt, daher veraltet und nicht mehr zeitgemäß. Zum einen stammt die Planung aus dem Jahr 2007, als der Planfeststellungsbeschluss Rechtskraft erlangte, und nicht aus dem Jahr 1937. Zum anderen haben wir als Gemeinde, um das Argument aufzugreifen, von einem unabhängigen Gutachter untersuchen lassen, ob sich die Baustandards des Bundes seit der Planung verändert haben. Das klare Ergebnis des Auditors lautete: Genauso wie im Rahmen der Planfeststellung würde auch heute wieder geplant werden – ohne die vorgeschlagenen Kreisverkehre außerorts. Dieses Ergebnis mag nicht jedem gefallen, man sollte es aber zumindest zur Kenntnis nehmen! Ob man heute eine südlichere Trasse wählen würde bei einer erneuten Planfeststellung, ist angesichts des Mehrverbrauchs an Fläche ebenfalls mehr als fraglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung zur B34neu habe ich einen Wunsch geäußert. Dieser lautete, dass die Umgehungsstraße

unsere Bürgerschaft nicht dauerhaft spalten möge in Befürworter und Gegner des Projektes. Diesen möchte ich an dieser Stelle wiederholen! Es ist gut, dass nach dem langen Planungs- und Genehmigungs- und Mittelfreigabeprozess nun endlich mit dem Bau begonnen und dieser dann auch hoffentlich zügig realisiert wird. Als Gemeinde sollten wir unseren Fokus nun auf die große Chance richten, die die Umgehungsstraße für die Entwicklung unserer Ortszentren bietet und gemeinsam an der Umsetzung arbeiten.

Abschließend möchte ich mich beim Regierungspräsidium Freiburg für die bisher sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Projektes bedanken. Ein Dankeschön gilt auch unserem Bundestagsabgeordneten Armin Schuster sowie die Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger, Josha Frey sowie den früheren Landtagsabgeordneten Ulrich Lusche, die sich für die Realisierung der B34neu politisch stark gemacht und die wiederholten Apelle der Gemeinde unterstützt haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.